

## Pressemeldung

### Bürgermeisterkandidat Dr. Frank Blasch fordert Grundsteuerreform ohne heimliche Steuererhöhung

Die anstehende grundlegende Reform der Grundsteuer treibt aktuell viele Menschen um. Auch im Bürgermeisterwahlkampf wurde Kandidat Dr. Frank Blasch mehrfach auf dieses Thema angesprochen. „Viele Eigentümer, aber auch Mieter sind verunsichert und fragen sich, welche Steuerlast in Zukunft auf sie zukommt. Ich kann dies gut nachvollziehen. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2018 müssen alle Immobilien in Deutschland neu bewertet werden. Aus meiner Sicht war diese Entscheidung folgerichtig: Viele ältere Immobilien wurden weiterhin mit dem sogenannten Einheitswert aus dem Jahre 1964 bewertet, während neuere Immobilien zum jeweiligen Fertigstellungszeitpunkt in die Steuerberechnung eingegangen sind. Dies war eine offensichtliche Ungleichbehandlung.“

Derzeit erhalten Immobilieneigentümer von den Finanzämtern die Bescheide über den Grundsteuermessbetrag. Dieser sagt über die später zu zahlende Steuer aber noch nicht viel aus. Denn dieser Messbetrag wird in einem weiteren Schritt noch mit dem Hebesatz multipliziert.

„Und an dieser Stelle kommt die Kommune und damit auch die Stadt Bad Soden am Taunus ins Spiel: Den Hebesatz legt nämlich jede Stadt bzw. jede Gemeinde für sich autark fest. In Bad Soden wird im Laufe des kommenden Jahres 2024 durch die Stadtverordnetenversammlung der neue Hebesatz beschlossen“, erläutert Dr. Frank Blasch weiter.

Häufig wird die Befürchtung geäußert, dass die Kommunen die Reform und die entstehende Unübersichtlichkeit dazu nutzen werden, um eine Steuererhöhung „durch die Hintertür“ durchzusetzen. Hierzu hat Dr. Frank Blasch aber eine eindeutige Meinung: „Ich stehe dafür und werde der Stadtverordnetenversammlung vorschlagen, dass der Hebesatz so festgelegt wird, dass die Einnahmen für die Stadt aus dieser Steuerart konstant bleiben, es also nicht zu einer heimlichen Steuererhöhung im Jahr 2025 kommt.“

Für den einzelnen Immobilieneigentümer oder auch den Mieter oder die Mieterin wird es gleichwohl zu Verschiebungen kommen. Einige werden mehr, andere weniger Grundsteuer zahlen müssen. „In der Summe soll das Steueraufkommen jedoch nicht erhöht werden, hierfür werde ich mich einsetzen“, sichert Dr. Frank Blasch zu.